

BEERLIN GANZ NAH

CDU

Ausgabe 2/2019

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten Maik Beermann

Berlin

2 Für die Menschen arbeiten

2 BKK24 mit Sitz in Berlin

2 Rechtssicherheit im Brexit-Fall

3 Schnelleren Ausbau ermöglichen

3 CDU Wirtschaftsrat

4 Werbeverbot bleibt

4 Den Bundestag kennenlernen

4 Jahreswirtschaftsbericht 2019

5 Grüne Woche in Berlin

Wahlkreis

Grünkohlessen mit 400 Gästen

5

Für die Menschen arbeiten

Nach der CDU hat nun auch die CSU mit Markus Söder einen neuen Parteivorsitzenden gewählt, dem wir im neuen Amt viel Erfolg und eine glückliche Hand wünschen. Wir brauchen mehr denn je ein gemeinsames Agieren, denn in den nächsten Wochen und Monaten liegen große Vorhaben vor uns.

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat nach intensiven Beratungen einen Abschlussbericht zur Braunkohle vorgelegt, den die Bundesregierung nun bewerten wird. Für uns gilt es, Versorgungssicherheit, Grundlastfähigkeit der produzierten Energie, Ausbau der Stromnetze, Hilfe für betroffene Regionen und Klimaschutz in einen klugen Ausgleich zu bringen.

Am Mittwoch trat der Vermittlungsausschuss zur Änderung des Grundgesetzes zusammen. Damit treten wir in ein völlig normales, vom Grundgesetz vorgesehene Verfahren ein, wie Bundesrat und Bundestag in strittigen Themen einen Kompromiss finden können. Für die Bürger geht es um bedeutsame Themen wie die Digitalisierung der Schulen, den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Verkehrswege in den Gemeinden. Dabei geht es auch um die Grundfrage, wie der Bund den Ländern bei der Erledigung ihrer eigenen Aufgaben finanziell helfen kann.

BKK24 mit Sitz in Berlin

Die BKK24, mit Hauptsitz in Obernkirchen im Schaumburger Land, hat seit einiger Zeit ein Büro in Berlin. Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Friedrich Schütte und seiner Mitarbeiterin Jessica Schlabe habe ich mich über die Themen Organspende, Facharzttermine und über das Projekt „länger, besser, leben...“ der BKK 24 ausgetauscht sowie die Berliner Räumlichkeiten besichtigt. Wie immer war das ein aufschlussreicher und guter Austausch.



Rechtssicherheit im Brexit-Fall

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union entfallen auch die EU-weiten Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit nach den einschlägigen EU-Verordnungen. Das betrifft unter anderem Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit,

Mutterschaft und Vaterschaft, aber auch Familien- und Rentenleistungen oder Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Damit im Falle eines unregelmäßigen Brexits für Deutsche im Vereinigten Königreich und Briten in Deutschland Rechtssicherheit besteht, berät der Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf auf Initiative der Bundesregierung in erster Lesung.

Schnelleren Ausbau ermöglichen

Wir bieten einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum schnelleren Neubau und zur schnelleren Verstärkung von Stromleitungen. So soll etwa ein vorzeitiger Baubeginn bei zu erwartender positiver Genehmigungsentscheidung erfolgen können. Verfahrensschritte sollen in diesem Sinne auch parallel erfolgen können. Entschädigungszahlungen der Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken werden bei Mehrkosten von 108 Millionen Euro vereinheitlicht. Mit dem Gesetzentwurf verbunden ist eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Kompensation naturschutzrechtlicher Eingriffe in die Umwelt. Schließlich enthält der Entwurf Regelungen zur Einbindung von Erneuerbaren- und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen (KWK) in Fällen, in denen der Kraftwerkseinsatz auf Intervention des Netzbetreibers kurzfristig notwendig wird (sogenannter Redispatch), womit eine Stabilisierung der Stromnetze erreicht werden kann.

Noch gibt es viel Kritik an diesem Gesetzesentwurf, u.a. von Seiten der Land- und Energiewirtschaft sowie von Bürgerinitiativen, und es heißt nun in den weiteren Beratungsschritten die Interessen aller Beteiligten abzuwägen und zu einem gerechten Ergebnis zu kommen, welches uns endlich ermöglicht die Infrastruktur in Deutschland endlich in einer angemessenen Zeit auszubauen.

CDU Wirtschaftsrat

Bei der Bundesfachkommission "Internet und Digitale Wirtschaft" des Wirtschaftsrates der CDU sprach ich in Berlin über die aktuellen Themen der Digitalen Agenda. Als Obmann der CDU/CSU-Fraktion folgte ich gern der Einladung und diskutierte mit rund 50 Unternehmern der Branche u.a. über den Breitbandausbau, die neue Mobilfunkgeneration 5G, die IT-Sicherheit und den Digitalpakt für Schulen. Gern nehme ich solche Einladungen wahr, denn es gibt mir die Möglichkeit, die Herausforderungen unmittelbarer und aus Sicht der Praktiker zu erfahren. Meiner Überzeugung nach sollten wir als Politik bei dem Thema Digitalisierung die Chancen für unseren Wirtschaftsstandort Deutschland erkennen und anpacken, gleichermaßen aber auch die Risiken und Sorgen in der Bevölkerung im Blick haben.



Werbeverbot bleibt

Als Familienpolitiker freue ich mich, dass sich die Bundesregierung darauf geeinigt hat, den Paragraph 219a StGB nicht zu streichen. Das bedeutet, dass das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bestehen bleibt. Selbstverständlich benötigen Frauen, die ungewollt schwanger werden, umfassende und sachgerechte Information und

Den Bundestag kennenlernen

Mit der 14-jährigen Berliner Schülerin Marlene Vowinkel und dem 18-jährigen Schüler Magnus Lietzau aus Hagenburg haben in dieser Sitzungswoche gleich zwei junge Menschen meine Arbeit in Berlin näher kennenlernen können. Ich freue mich über das große Interesse der Schüler in diesem Jahr und hoffe, dass sie etwas über die Funktion und Arbeitsweise unseres Parlaments mitgenommen haben.



Digitalisierung und neuen Schlüsseltechnologien (z.B. der künstlichen Intelligenz) ergeben sowie in wachstumsfreundlichen und fairen steuerlichen Rahmenbedingungen.

Jahreswirtschaftsbericht 2019

Wir berieten in der Sitzungswoche den von der Bundesregierung vorgestellten Jahreswirtschaftsbericht 2019. Das auch im Jahr 2019 erwartete Wachstum der deutschen Wirtschaft geht vor allem auf die starke Binnenwirtschaft zurück, während die Außenwirtschaft wegen der global zunehmenden Unsicherheit (US-Schutzzölle, Handelskonflikt USA-China) weiter unter Druck gerät. Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich in einer stabilen Verfassung: Die Arbeitslosenquote von 5,2% ist auf dem niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit, während die Zahl der Erwerbstätigen einen neuen Rekordstand erreicht. Erfreulich ist auch, dass sich die öffentlichen Finanzen stabil entwickeln. Möglichkeiten für ein künftiges Wirtschaftswachstum sieht die Bundesregierung vor allem bei den Chancen, die sich mit der

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet in seinem Jahresgutachten für 2019 ein moderates und positives Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent sowie einen stabilen Arbeitsmarkt. Er erwartet vor allem infolge hoher Tarifabschlüsse kräftig steigende Löhne. Große Herausforderungen sieht er für unsere Volkswirtschaft auf internationaler Ebene aufgrund der ungewissen Zukunft der multilateralen globalen Wirtschaftsordnung (WTO-Krise, Handelskonflikte, Brexit), auf nationaler Ebene unter anderem aufgrund des demografischen Wandels.

Grüne Woche in Berlin

In den vergangenen zwei Wochen konnte ich, im Rahmen der Grünen Woche, wieder Besucher aus der Heimat in Berlin begrüßen. Neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern waren unter anderem Vertreter des Landvolks Weserbergland sowie die Nienburger Spargelkönigin, Jessica Manthey, unter den Gästen.



Grünkohlessen mit 400 Gästen

Schön war es wieder beim Grünkohlessen des Bürgerbataillon Bückeburg im Bückeburger Rathaussaal. Über 400 Gäste waren dabei. Das ist ein Rekord! Das Blasorchester Bückeburger Jäger e.V. hat wieder für ordentlich Stimmung gesorgt.

